

Die „Weltanschauung“
...
Verlagsgesellschaft
No. 115.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Infektionsgefahr
...
10 Pfennige.
...
Expedition abgeben werden.

No. 115.

Dienstag, den 19. Mai 1896.

7. Jahrgang.

Die weltpolitische Wirksamkeit der goldenen Internationale.

In allerneuester Zeit scheint es die internationale Plutokratie denn doch als recht fatal zu empfinden, daß aber die Mächte der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft, jener bekannten Chartered Company, Vertriebenen an's Licht der Öffentlichkeit gelangt ist und daß vornehmlich der Matabeleaufstand zum Gegenstande der öffentlichen Aufmerksamkeit wurde.

Die „Kölnische Zeitung“ sah sich sogar veranlaßt, mitzutheilen, wahrscheinlich um jedem Besuche zu begegnen, aus Rücksicht ihr nahestehende Kapitalistenkreise im Zusammenhang mit der Chartered Company — aus was für Renten diese eigentlich zusammengeleitet ist.

Nach ihren Angaben zählte Mitte des vergangenen Jahres die Gesellschaft 14,781 Aktionäre, die sich in die gegenwärtig zur Ausgabe gelangten 2 Millionen Aktien theilten — jede à 10 Pfund Sterling, gleich 200 Mark — im ganzen also 400 Millionen Mark Aktienkapital!

Das Viertel der Inhaber bestand aus Nichtengländern; diese besaßen, zusammen mit 256 südafrikanischen Colonisten 426,000 Aktien, also etwas über ein Fünftel des Gesamtbetrages oder, dem Nennwerthe der Aktien nach in abgerundetem Geldebetrage ausgedrückt, etwa 85 Millionen Mark, von welcher Summe etwa 16 1/2 Millionen auf die 256 Colonisten entfielen.

Mehr als die Hälfte aller in den Händen der Colonisten befindlichen Aktien, nämlich 44,908 oder fast 9 Millionen Mark gehörten einem einzigen Manne, einem Herrn Shieles.

Unter den Nichtengländern sind 450 Deutsche mit 38,370 Aktien, die einen Nennbetrag von etwa 7 1/2 Millionen Mark aufweisen. Daneben sind 3000 Franzosen mit 352,427 oder mit über 50 Millionen Mark theilhaftig. Sonstige Inhaber verschiedener Nationalität verfügen noch über 52,920 Aktien, mit einer Capitalsumme von nahezu 11 Millionen Mark.

Der ganze Rest, fast ein Fünftel des Gesamtkapitals, über 300 Millionen Mark, entfällt auf englische Großkapitalisten.

Der Schwiegersohn der Königin Victoria, der Marquis of Dornie, ist nur mit dem bescheidenen Betrage von 5 Aktien am Schicksal der Gesellschaft interessiert, der Cabinetssecretär des Prinzen von Wales mit 95, der General Carrington, der vor kurzem als Befehlshaber für Matabeleland bestimmt wurde, mit 45.

Eine ganze Anzahl von Offizieren, Ministern, Parlamentarier, Lords und andere Angehörige der großbesitzenden Klassen haben gleichfalls Aktien bis zu 500 Stück.

Mit größeren Summen sind theilhaftig der Romanistiker Hider Heygard mit 720, G. Myers mit 745, Sorrentencapitän Ringhall mit 1000, Lord Gifford mit 1115, der Doctor der Theologie John Robbins und das Parlamentarier Sir James Riton mit 2000, Wootton Jackson mit 3000, der Herzog von Tise, Schwiegersohn des Prinzen von Wales, mit 1835, der Herzog von Abercorn mit 5419 Aktien, im Nennwerthe von 2 Millionen Mark, Carl Grey, der neue Commissar für Rhodessien, mit 5084, Lord Alwin Tampton

mit 5000, Baron Leopold Rothschild mit 7546, Alfred Beit, der Capitäler Mitschuldige des Jamson'schen Raubzuges mit 26,304 Aktien, also mit über 5 Millionen und endlich Cecil Rhodes mit 51,783 Aktien oder mit mehr als 10 Millionen Mark.

Diese Aktien, die noch viel mehr als die Hunderte von Millionen Mark des Actienkapitals repräsentieren, weil sie zum Theil durch die kolossalen Erträge der Goldgruben in Matabeleland, zum Theil auch durch die unerschöpflichen Bienenwaben, im Curswerth noch weit über ihren Nennbetrag hinaufgetrieben wurden, sind jetzt durch die blutigen Wirren im Sambesi-Gebiete selbstverständlich auf's Heuße gefährdet. Daher ist es nur zu natürlich, daß die englischen Zeitungen und die englischen Staatsmänner den Zustand der Matabele als möglichst unbedeutend erscheinen lassen möchten.

Den Buren kann man es dagegen auch nicht verdenken, daß sie unter den gegebenen Umständen den drohenden Truppenanhäufungen mit höchstem Mißtrauen entgegensehen, zumal der Staatssecretär für die Colonien, Herr Chamberlain, noch vor ganz kurzem die Verwaltung des Transvaalstaates als eine mangelhafte und corrupte bezeichnete, und nun, nach der Verurteilung der Mitglieder des Johannesburger Reformcomitees, selbst der Führer der liberalen Partei in England, Lord Rosebery, sich sehr entrüstet über die Buren ausgesprochen hat, deren Unabhängigkeit so ziemlich allen Mitgliedern der herrschenden Klassen in England ein Dorn im Auge ist.

Diese können es einmal nicht vergessen, daß beide Burenrepubliken vor nicht langer Zeit schon der britischen Herrschaft völlig gewonnen waren.

Daher hat gegenwärtig die unter dem Namen der Jingo (sprich: Dschingo) bekannte Kriegspartei, die von den Großkapitalisten aufgeführt wird, allenthalben Oberwasser im Britenland. Gelingt es nun nicht, den Einfluß dieser Kriegspartei zu brechen oder wenigstens erheblich abzuschwächen, so werden voraussichtlich die Buren verzweifelt in's Gebirge kommen und all' ihre Tapferkeit und Standhaftigkeit aufzuwenden haben, um sich als selbstständige Macht auf die Dauer zu behaupten. Jetzt schon predigen die Kriegshörer jenseits des Kanals wie im Caplande, wie „Daily Chronicle“ erst vor kurzem constatirt hat, einen allgemeinen Aufruhr gegen die holländische Rasse.

Die britische Regierung steht nach dem genannten Blatte unter dem Einfluß einer kleinen Gruppe der skrupellosesten Speculanten — eben jene oben von uns beleuchtete internationale Plutokratensippe — im Begriff, das größte Verbrechen des Jahrhunderts zu begehen, sie ist bereit, Klasse gegen Klasse zu heizen, und dadurch Südafrika in eine wahre Hölle von Rassenleidenschaften zu verwandeln. „Glück und Wohlergehen jeder Klasse der südafrikanischen Bevölkerung hat nie zuvor in größerer Gefahr geschwebt als jetzt.“

Somit geht es auch aus dem Stande der Dinge in Südafrika unabwiesbar hervor, wie sehr es im Interesse der arbeitenden Völkermehrheiten liegt, daß diese selbst und ihre Vertreter in der Presse und in den Parlamenten sich um die colonialen Angelegenheiten kümmern, und die maßlos geliebten Beweise an's Licht der Öffentlichkeit ziehen, wie jämmerlich selbstsüchtig, aller höheren Gedanken, alles wissen-

schaftlichen Verständnisses, aller Humanität bar sich die capitalistischen Staaten in colonialpolitischen Angelegenheiten erweisen.

Die meisten der Colonialländerereien, mit all' ihren kaum zu erschöpfenden Reichthümern, mit ihren in's schier Endlose sich ausdehnenden jungfräulichen Bodenschätzen, ihrer un-kultivirten aber arbeits- und kulturfähigen Bevölkerung könnten den Völkern der alten Welt zum Segen gereichen, — unter der niedrig selbstsüchtigen Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft werden sie nur von einer Handvoll Großbesitzern ausgeplündert und werden — bei den aus dem politischen Ungeschick unserer Staatsmänner hervorgehenden, in's Unerbliche wachsenden Schwierigkeiten und Krisenwirren, und der ungeheuren Kosspieligkeit der dadurch veranlaßten Kriegsausgaben — den Völkern zur unerträglichen Last und zum Fluche.

Politische Rundschau.

— Die Aussicht, daß der Reichstag bis hoch in den Sommer hinein tagen werde, erregt selbst bei den Nationalliberalen Unwillen; aber über die mit dem Verlangen der Regierung verfolgten Absichten giebt man sich dort sonderbaren Täuschungen hin. Der „Gann. Courrier“ meint, die Regierung wolle damit nur dem Vorwurf begegnen, daß sie nicht hartnäckig genug gegenüber der Volksvertretung auf der Erledigung eines bestimmten Arbeitspensums bestanden habe. Demgegenüber aber fragt das Blatt mit Recht: „Aber warum hat die Regierung dann den Reichstag erst im December und nicht schon Anfang November einberufen? Der Reichstag kann dem Vorwurf, daß er nicht genug geleistet habe, sehr wohl mit dem Einwand begegnen, daß es nicht seine Schuld sei, daß er so spät mit seinen Arbeiten begonnen hat. Jetzt wird die Regierung von Glück sagen können, wenn es ihr gelingen sollte, noch ein paar Wochen nach Pfingsten, also bis Mitte Juni, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen. Von den jetzt dem Reichstage vorliegenden Gesetzen würde kein einer geneigt, die Abgeordneten mit derjenigen Begeisterung zu erfüllen, welche erforderlich wäre, um die künftige Beschlußfähigkeit nach dem 20. Juni zu verhindern.“ Nachdem dies in Einzelnen dargelegt, schließt die Auseinandersetzung: „Spätestens nach Mitte Juni wird sich die Regierung entscheiden müssen, ob sie die Session schließen oder vertagen soll, und da wird sie sich unter allen Umständen (?) für die Vertagung entscheiden, zumal wenn auch die Militärvorlage die erste Session paßirt hat. Was etwa von den übrigen Gesetzesentwürfen bis dahin nicht in dritter Lesung angenommen sein sollte, muß eben bis zum Herbst liegen bleiben.“

— Es wär' so schön gewesen —! Die „Volkszeitung“ schreibt: „Das Mißbehagen der Kreise, die das Verbot des Terminhandels im Reichstag durchgesetzt haben, wächst, denn die Möglichkeit, daß der deutsche Terminhandel auf auswärtigen Börsen abgewickelt würde, kann nicht beseitigt werden. Einerseits ist bekanntlich in Aussicht genommen worden, die Regierung aufzufordern, mit den anderen Mächten in Verbindung zu treten, damit auch

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

Die Antwort des Königs auf die Worte des Majors bestand, zum höchsten Erstaunen der Höllinge, in einer Einladung zum Souper. Als Birde die ausschlag, forderte der König ihn auf, sich am nächsten Tage wieder im Schlosse sehen zu lassen.

Der nächste Tag war der Tag des Entscheidungslampfes, der 18. März. Zum höchsten Verdruss jener Partei, die den König als Werkzeug ihrer volksfeindlichen Pläne zu benutzen trachtete, blieb Birde an diesem Tage als freiwilliger Rathgeber an der Seite des Königs. Er war es, der ihn darüber aufklärte, daß nicht „die Gese der Bevölkerung“, nicht „eine Horde von Bösewichtern, zum Theil aus Fremden bestehend“, hinter den Barricaden stand, sondern vielmehr das Volk von Berlin in seiner Gesamtheit, so einmüthig und geschlossen, wie es seit Gründung der Stadt noch niemals aufgetreten war.

Die Birde, die Prinz von Preußen — so lautete in der verhängnisvollen Nacht zum Sonntag die Losung der beiden sich bittert bekämpfenden Schloßparteien. Und Birde siegte mit seinen Argumenten: der Prinz ging „mit einem Auftrage des Königs“ zu Schiff nach England. — Birde selbst erhielt den Befehl, bis zur Einschiffung des Prinzen nicht von dessen Seite zu weichen.

Der souveräne König hatte sich entschlossen, mit der Revolution zu pactiren. Er wußte jetzt, wessen er sich von seinen Feindesparteiern zu versehen hatte. Als ein Abgeordneter von der Partei der „Bionnenen“ ihm warnend zurief, daß es sich „nicht“ nur um seine königliche Krone, sondern vielmehr um die Tyranie der Hohenzollern überhaupt handle, antwortete er ohne Umschweife: „Ich weiß nur auf

dem Epiele steht.“ Die Reitpferde des Königs standen gesattelt auf dem Schloßhofe, und zur Bedeckung hielt eine Abtheilung der Leib-Gendarmen sich bereit. Auch für die Königin stand der Reisewagen angespannt. Die Kammerdienerschaft war zum großen Theil bereits nach Potsdam abgegangen.

Aber bevor er die Flucht ergriff, wollte der König noch einmal den Weg der friedlichen Verhandlung einschlagen und zu diesem Zweck mußte zunächst das Feuer der Truppen zum Schweigen gebracht werden. Schon in der ersten Morgenstunde hatten die Garben fast auf allen Punkten des Schloßhofes das Schießen eingestellt. Nach einer längeren Pause waren sie dann gegen 3 Uhr Morgens noch einmal in der Friedrichstraße und am Alexanderplatz zur Parade vorgegangen, allein mit blutigen Köpfen mußten sie sich in ihre alten Stellungen zurückziehen. Um 5 Uhr Morgens erging vom Schlosse der Befehl an sämtliche Truppen: sie sollten nicht mehr angrißweise vorgehen, sondern in ihren Stellungen ruhig verharren.

Die Straßenlamps waren damit thatsächlich beendet — der König hatte mit der „traditionellen Offensive“ gebrochen und einen maskirten Rückzug angetreten. Aber noch fehlte ihm der Mut zu dem Eingeständnis dieser Thatsache: noch suchte er wenigstens den Schein seines königlichen Patriarchenthums zu retten. Während das Sturmgeläut der Gloden, vermischt mit den letzten Schreien der angreifenden Truppen, durch die helle Mondnacht klang, während Schwärme von abgesetzten und besignirten Ministern, von Pirzen, Generalen, Pöpstern und Salfaten, von Deputirten der Bürgerschaft, der Universität, der städtischen Corporationen in den Gemächern des Schloßes durcheinander schwirrten und die Schloßhöfe in ein Bivoual, der Schloßkeller aber in ein großes, dunkles Gefängnis umgewandelt waren, sah der gekrümmte Kometiker beim Krampuschen an seinem Schloß-

tisch und suchte in einem schwärmerischen Ausruf „an seine lieben Berliner“ zum letzten Mal sich im schwindenden Glanze eines unumschränkten Gottesgnadenthums zu sonnen.

Von seiner eigenen „treuen Gesinnung“, von „treuen Forderungen höher Ruheförder“, von einer „Horde von Bösewichtern“, welche „die treuen Soldaten beleidigt und die erhabenen Gemüther mit Nachgedanken erfüllt hätten“, von dem „negativen Vordringen der Truppen“ endlich war in diesem merkwürdigen Schriftstück die Rede.

„Erkennt den unseligen Irthum“, fuhr der Verfasser in rührungsvollem Tone fort, „euer König und treuester Freund befehrt Euch darum. Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barricaden, die noch stehen, hinweg, und entsetzt an mich Männer, voll des echten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Euren Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schloßes, des Zeughauses und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit, beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines treuen und schönen Berlins, und vergesst das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in meinem Herzen.“

Zum Schluß folgte dann noch die Versicherung an die lieben Berliner, daß auch ihre „liebste Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin“ ihre innigen, ihränenreichen Bitten mit des Königs väterlichen Bitten vereinige. Das tiefbetruhte Elternpaar sprach gleichsam zum verlorenen Sohn und versprach ihm seine Bereubung, wenn er neuerdös ins Vaterhaus zurückkehrte.

In aller Eile wurde das Geistesproduct des Königs gedruckt, und als die Sonne am Horizont exposit, erschienen berittene Offiziere, Beamte und wohlgeputzte Bürger an den

ke ein ähnliches Verbot erlassen, andererseits wurde ange-
regt, die Vollstreckbarkeit von im Ausland erzielten Urtheilen
in Prozessen, die sich aus Getreide-Termingeschäften herleiten,
zu untersagen. Die die „Post“ hört, ist von dem letzteren
Vorschlag wieder Abstand genommen worden, weil seine
Richtigkeit im Reichstag dafür zu finden wäre. Die gericht-
lich ist die Beschränkung ist, daß das Verbot des Ge-
treide-Terminhandels leicht dazu führen kann, das Ge-
schäft an den ausländischen Börsen auf
Kosten des Inlandes zu vermehren, zeigt
eine Meldung aus Rotterdam, wonach ein
Comitee von Rotterdammer Getreidehändlern dieser Tage eine
allgemeine Versammlung veranstaltete, in der im Hinblick auf
das deutsche Verbot des Terminhandels im Getreide prin-
zipiell beschlossen wurde, den Terminhandel in
Rotterdam einzuführen; eine Commission wurde
zur Ausarbeitung der Reglements gewählt. Man darf so-
mit jetzt schon annehmen, daß die Freunde des Verbots glück-
lich sein würden, wenn der Bundesrath das Verbot ablehnte.
Wahrscheinlich wird es auch so kommen.“ (?)

Der Assessoren-Paragraph ist von der
Commission des Herrenhauses durch folgenden
Paragraphen wieder herzustellen worden:

§ 8. Der § 3 des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1875
zum Deutschen Gerichtsverfahrgesetze (Sitzsamml. S. 230)
wird dahin abgeändert:

Die Gerichtsassessoren können auf ihren Antrag
dem Amtsgericht oder Landgericht oder einer Staatsanwaltschaft
zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen werden.
Die Bezeichnung der Beschäftigung erfolgt durch den Justizminister.
Die Bezeichnung der Gerichtsassessoren von dem Orte, an welchem
sie einem Amtsgericht oder einer Staatsanwaltschaft zur unentgelt-
lichen Beschäftigung überwiesen sind, ist, vorbehaltlich der Vor-
schriften in § 4, nur mit ihrer Zustimmung zulässig. Gerichts-
assessoren, welche innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren
seit ihrer Ernennung eine Ueberweisung zur unentgeltlichen Be-
schäftigung nicht beantragen oder nicht erlangen,
scheiden aus dem Amte aus.

Die Fassung macht den diplomatischen Ränken der
Herrenhäuser alle Ehre. Die Eingangsworte erwecken den
Eindruck, als ob die Assessoren es ganz in ihrer Hand haben,
ausgeführt zu werden oder nicht. Erst aus den Schlussworten
erfährt man indirekt, daß die Regierung allein darüber zu
entscheiden habe, ob sie den petitionirenden Assessor einstellen
will oder nicht. Hat er vier Jahre umsonst gewartet, kann
dann er seiner Wege gehen. Für unsere Partei hat die
Eindeutigkeit zur die Behauptung, daß wir bei Annahme
dieses Paragraphen eine noch schreibereifere Juristengeneration
heranzüchten sehen würden.

Peters in der Fremde. Die offizielle Wiener
„Presse“ veröffentlicht folgende Drahtmeldung aus Rom:
Der bekannte deutsche Botschaftssekretär Dr. Peters, welcher der
italienischen Regierung seine Dienste für
die Griffrada angeboten hatte, wurde vom Minister
Castelli unter dem Ausdruck besonderer Dankes als bildlich
bezeichnet. — Die Nachricht wird andererseits demgemäß.

Wie man Karriere macht. Der Ober-
regierungsrat bei der Oesterreich-österreichischen Regierung
Geßler wurde ins Ministerium des Innern berufen. Geßler
war früher Landrat in Wien und wurde Reichstags Abge-
ordneter für West-Wien bei der Wahl 1896, legte dann,
sobald er Oberregierungsrat geworden war, nieder. Sein
Brod war erreicht, die erste Stelle erlangt. Weiter hätte
die Geschichte keinen Zweck. Im Reichstag war er der ge-
wisse Schicksalstruppe Riquels. Mehrlich ging dem Landrat
v. Hollner.

Ueber die Candidaturen im Wahl-
kreis Halle a. S. läßt sich die „Frankfurter Zeitung“
von dort schreiben: Die bevorstehende Reichstagswahl im
westlichen Bezirk beschäftigt naturgemäß die politischen Kreise
lebhaft. Die Situation hat sich hierher sehr gelöst, daß die
konservativen Parteien mit dem Bund
der Landwirthe und ihrer Verbände (welche nicht
Partei und die sogenannte Mittelstandspartei) sich mit einem
gemeinsamen Candidaten, der Reichsminister Schöner, ge-

einigt haben. Die „allgemeine Ordnungs-
partei“ hält gesondert noch an einer Candidatur des
Oberbürgermeisters Dr. Krrbt. fest. Seitens der libe-
ralen Parteien wird bekanntlich Dr. Alexander
Meyer wieder aufgestellt und die Socialdemo-
kratie wird voraussichtlich ihren früheren Candidaten
Fritz Kunert präsentieren. doch soll darüber noch eine
Wahlerversammlung beschließen.

Belgien.

Die belgische Kammer hat, wie schon be-
richtet, die ganze Congovorlage mit 61 gegen 55 Stimmen
angenommen. 20 Abgeordnete enthielten sich der Ab-
stimmung. Gleichwohl liegt in der Abstimmung eine schwere
Niederlage für die Regierung. Die Mehrheit wurde nur
durch die Stimmen der Minister erreicht. Trotz der
Stellung der Cabinetsfrage stimmten 16 Kerikale mit den
Fortschrittlichen, Socialisten und Christlichen Demokraten gegen
die Vorlage; 20 Kerikale der Vorlage feindliche Abgeordnete
enthielten sich der Abstimmung.

In den Debatten über die Vorlage kam es zu äußerst
festigen Ausfällen. Zunächst gab der socialistische Abge-
ordnete Defnet seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß
diese mit der Eisenbahngesellschaft von dem Finanzminister ab-
geschlossene Abmachung der Staatskasse neue 15 Millionen
Francs entzieht. „Das ist nicht richtig“, erwiderte der
Finanzminister, „nicht ein Pfennig wird durch die Abmachung
der Staatskasse entzogen. Der belgische Staat verbürgt sich
nur für die von der Eisenbahngesellschaft auszugehenden
Obligationen.“ „Das ist doch zu stark! Machen Sie das
Publikum derartiges glauben!“ rief die Linke. „Und wenn
man sich für Zahlungsumfähige verbürgt“, so betonte der
Socialist Dejussieux, „so bezahlt man“. „Und wenn man
sich Zahlungsumfähige verbürgt“, rief der Socialist Furrémont,
„so ist man Ruchselbiger.“ Finanzminister: „Die That-
sache zu verhindern, daß die Abmachung der Staatskasse
15 Millionen Francs entzieht, ist Lüge und Verleumdung!“
— „Sie lügen, Sie lügen, Sie belügen das Land!“
Furrémont. Finanzminister: „Ich gebe Ihnen das Wort
zurück!“ — „Sie lügen, Sie lügen, Sie belügen das
Land!“ erwiderte Furrémont. Kammerpräsident: „Die von
dem Finanzminister und dem Abgeordneten Furrémont ge-
brauchten Worte sind gleich beschuldigungswürdig. Rufen Sie
hierher. Sie sind verurtheilt, sich zu stellen, daß Sie, Herr
Minister, durch das Wort Lüge gebraucht haben.“ Finanz-
minister: „Ich habe nur Thatfachen, nicht Personen damit
bezeichnet. Ich sagte, daß es eine Lüge ist, zu versichern,
daß ich neue 15 Millionen fordere, während ich nichts ver-
lange.“ — „Sie lügen, Sie lügen!“ rief abermals
Furrémont. — Kammerpräsident: „Ich rufe Sie zur
Ordnung, da Sie nicht ruhig werden, aber ich ersuche
den Minister, sich jenseit größerer Mäßigung in seiner
Sprache zu betheiligen.“ — Die Linke rief „sehr gut!“
Fortschrittlicher Vorstand: „Ich bin erkrankt über die über-
triebene Nervosität und das heftigste Ausreten des
Rechtspräsidenten; ich bitte, daß er leidend ist, aber das
ist sein Grund, von Lüge und Verleumdung zu sprechen,
während das Ministerium übermäßig das Land täuscht.“

Frankreich.

Die Stichwahlen für die französischen
Gemeinderäthe haben, wie schon kurz mitgetheilt
wurde, den Socialisten neue Erfolge gebracht, so daß selbst
die Conservativen sie nicht mehr zu bezweifeln mochten. Im
Gemeinderath von Paris gewannen unsere Genossen 15
neue Sitze. Die socialistische Gruppe zählt der bis-
herigen 18. 33 Mitglieder. Die Stichwahl ist zum Theil
von dem Umstand bedingt, daß eine Anzahl socialistischer
Radikale sich zum einen Socialisten befehlig haben. Das
ist ein deutliches Zeichen der wachsenden Macht der socia-
listischen Partei unter der Pariser Wählerschaft, denn die

socialistische gewordenen Wähler sind es, die ihren alten halb-
socialistischen Vertreter zu einem ganzen Socialisten machen.
Die übrigen Parteien sind wie folgt vertreten: 20 Radikale
und socialistische Radikale, 13 Bourgeoisrepublikaner (bisher
waren es 14) und 14 Monarchisten. Die socialistische
Gruppe ist somit die stärkste und sie wird ihren Einfluß noch
mehr als bisher geltend machen können. Der „Reichs-
Telegraph“ hat also wieder einmal gelogen, indem er ver-
kündete, die Zusammensetzung des Pariser Gemeinderathes
bleibe dieselbe wie früher.

Die Fortschritte des Socialismus im Pariser Gemein-
derrath veranschaulicht folgender geschichtliche Rückblick. Im
Mai 1882 wurde zum ersten Mal seit dem Fall der Commune
ein Socialist in den Gemeinderath gewählt. In den all-
gemeinen Wahlen von 1884 wurden zwei Socialisten ge-
wählt (darunter Bailant), denen sich durch Ergänzungs-
wahlen zwei weitere Genossen zugesellten. Die Wahlen von
1887 brachten den Socialisten zehn Sitze ein. Schon damit
gelangte die socialistische Gruppe, deren Unterstützung dem
Radikalen nothwendig ist, zu bedeutendem Einfluß. Die
Radikalen mußten ihr wichtige Zugeständnisse machen. Die
Wahlen von 1890 vertrieben die Socialisten um zwei Sitze
hinter. Das Ergebnis davon war, daß die Radikalen ganz
mit den Bourgeois-Republikanern brachen, um mit den
Socialisten eine gemeinsame Gruppe „Droits de Paris“
(Die Rechte der Stadt Paris) zu bilden, deren Tendenz
sich mehr socialistisch als radikal waren. 1893 wuchs die
socialistische Gruppe auf 18 Mitglieder an, 1896 auf 35 Mit-
glieder. An Stelle der gemischten Gruppe „Droits de Paris“
wird daher eine rein socialistische Gruppe die führende Rolle
übernehmen.

Von den Stichwahl-Siegen in der Provinz ist der
glänzendste wohl der Sieg unserer Genossen in der 200,000
Einwohner zählenden Stadt Lille. Diese Hochburg der
Opportunisten hat nunmehr einen Gemeinderath, in welchem
15 Socialdemokraten und 11 socialistische Radikale bloß
10 Opportunisten gegenüberstehen. Dijon bekommt zum
ersten Mal einen ganz aus Socialisten zusammengesetzten
Gemeinderath. Limoges, wo die Socialisten erst vor
acht Monaten die Mehrheit erlangt haben, wählte 24 Socia-
listen gegen 12 Bourgeoisrepublikaner. Toulouse bleibt
socialistisch, Roanne, Elbeuf, Carcassone, Clermont, Saint-
Savine, Perpignan, Orléans wurden neu gewonnen. In
Troyes, Albi und Nîmes wurde der opportunistische Gemein-
derrath durch einen aus Socialdemokraten und socialistischen
Radikalen zusammengesetzten verdrängt. In Saint-Etienne
gewannen die Socialdemokraten 16 neue Sitze und in
Bordeaux 9.

Diesen großartigen Erfolgen stehen nur einige un-
bedeutende Verluste gegenüber. So in Lyon, wo die
Socialisten — in Folge ihrer Uneinigkeit und des Zu-
sammengehens der Radikalen mit den Opportunisten — von
ihren bisherigen 13 Vertretern nur zwei durchgebracht
haben.

Die Stichwahl in G a v r e hat mit der Niederlage der
Parteifreunde des Präsidenten Faure gendert. Es wurden
22 Radikale und 11 Opportunisten gewählt.

Im Obigen wurden die Ergebnisse aus den wichtigsten
Gemeinden angeführt. Insgesamt haben die Socialisten
noch den bisher vorliegenden Meldungen in den Stich-
wahlen 29 Gemeinderäthe behauptet oder neu gewonnen.
macht zusammen mit der Ergebnissen der Hauptwahl über
100 Gemeinderäthe, wozu die ca. 1200 Gemeinden in den
südlichen Departements hinzukommen, wo die Socialisten und
Radikalen mit einer gemeinsamen Liste siegen. In Bezug
auf das Gesamtergebnis muß man die von der Partei
ausgesprochene Statistik abwarten. Social steht bereits jeden-
falls fest, daß die ministerielle Staffil auf rein
willkürlichen bezw. absichtlich gefälschten Angaben
der Präfecten beruht.

Barrikaden und verheerliche ganze Städte der königlichen Hei-
mat unter die Menge.

Aber der wüthende Soldat zeigte kein Verständnis mehr
für den väterlichen Rath, er dem der König in ihm sprach.
Er wählte keine Rücksicht darauf zu haben in dieser ver-
hängnisvollen Nacht, die das Schicksal der Straßen mit
seinem Saue erfüllt hatte. Die im Paradies die ihn
zu treffen gedachte, sollten himmelstürmend werden! Er
sollte sich freiwillig erwerfen, sich ohne Kampf und Kamp-
kraft auf die räuberische Seite eines Königs hin zu werfen
der Judassee unterwerfen, der er sich eben mit
wunder? Nein, niemals sollte das geschehen — lieber
verbluten, als ohne Widerstand bei der Selbsthändigung we-
gen.

„Das ist ja Unmoralität!“ rief die Soldaten mit
Wut, wofür die Soldaten unwillig in den Rath und man
sich mit Füßen.

„Zum Hölle zu schick!“ rief er ein Schrei, der
Blut in seine Stirn.

Er brühte nicht mit seinem Reichthum die An-
sicht „Er meine lieber Behälter“ ab und riefte sie über
einer Kameradenhaft, die im Gehirne eines Strafen-
kammer nicht gelassen war.

„Da paßt der besser hin.“ rief er, als er im Rath
sah. Die Anführer brachen in schallender
Gelächter aus, und der Heberbringer der Proklamirungen,
ein Officier der Artillerie, schlug sich unerschrocken auf die
Knie.

Es nahm der „wahre Theil des Volkes“ mit sich der
große Kaiserliche Obermann in einem Bericht aus jenen Tagen
entwischen, die letzte Bestätigung des prächtigen Abjurers
schickte. Aber auch die „Republikaner“ „Republikaner“
„Republikaner“, die hatte Bourgeois mit einem Wort, sagte

mit den königlichen Soldaten nicht Recht anfangen.
Der Kaiserliche sagte ihm, daß der König zu wenig hätte,
daß er, der glücklichen Ereignisse erwartend, mehr ver-
langen könne. Die Soldaten: „Wahrscheinlich!“ die das
Ziel von Berlin bereits am Tage vorher als wichtigste
Nachricht bekommen angefaßt hatte, wurde jetzt von den
königlichen Soldaten, mit denen der König in seinem Schloß
unterredete, als wichtiger Punkt in den Vordergrund ge-
bracht. Ein jeder Redner nahm von beiden Seiten ge-
wöhnlich die königlichen Soldaten in eine Raufhülle
verwickelt.

„Gib die Barrikade, denn das König!“ verlangte
lautstimmig der König.

„Nein — mit der Barrikade!“ riefen die kühn ge-
wachsenen Republikaner.

Die der linken Parteien mußte genügt haben, jede mit
die unpopuläre Entscheidung für, die hinter ihr stand.
Gewunden die königlichen Soldaten von den launigen
Barrikaden, die sich unterwerfen und nachbehalten sich in den
Straßen der Residenz erhoben, so hielt der König ihnen die
von Duzend Soldaten entgegen, mit denen er diese
Barrikaden überlegen würde. „Republikaner!“ forderten
die Männer der Bourgeois: der König aber erwiderte, daß
diese Forderung sich mit dem System der Regierung nicht
vertrage, und daß es dem König allein gelomme, die
Ordnung und das Gesetz zu wahren.

„Mit meinem Schwert“, rief der König, „werde ich
genug sein, wenn alle meine königlichen Befehle nicht
fruchtbar.“

„Ein solcher Satz, Majestät, würde eine Niederlage
sein.“ riefte Majestät durch den Reichthümer.
Es lagen Rede und Antwort, Gehör und Gegenwort

fandenlang hin und her, und noch war kein Ende des
Quandels abzusehen. Da drang die Kunde von einem un-
erwarteten Ereignis, das sich draußen auf dem Kampfplatz
getragen, zu den Ohren der Feilschenden und machte dem
Streit der Worte ein rasches Ende.

Fritz Grams war mit einem Duzend Kampfgenossen
darunter auch Ephraim Fisch und Ferdinand Werricke, aus
dem von der Garde erführten Eckhause glücklich entkommen.
Vom Boden aus waren sie, unter mannigfachen Fährlich-
keiten, über die aufstehenden Dächer hinweg auf ein Nachbar-
grundstück gelangt, das sich noch im Besitz der Volksgenossen
befand und an eine quer vor den Mühlendamm gelegte
Barrikade stieß. Jeden Augenblick erwarteten die Ver-
theidiger dieses arg gefährdeten Punktes den Angriff der
Truppen, die in nächster Nähe der Barrikade sichtbar waren
und von Zeit zu Zeit mit ihnen Einzelschüsse wechselten.
Ohne sich Raft zu gönnen, traten Grams und seine Ge-
gleiter in die kampfmuthigen Reihen. Allein die Hilfe, die
sie brachten, war nur gering, denn sie hatten sich bei der
letzten Sturm auf das Rathhaus ganz und gar verschossen.
Eine Hand fanden sie da mitten unter den anderen und
verlebten als kaltblütige Zuschauer noch einmal jenen heiß-
erwarteten Augenblick der Erwartung, in dem die Befestigung der
Barrikade der feindlichen Attacke entgegenstieß. Sie hatten die
Anfänger um Pulver und Kugeln, allein vergeblich: die
anderen besaßen nichts von diesem kostbaren Material, und die
anderen brachten es für ihre eigenen Wägen.

„Da sieh's wer nun wie de Affen“, meinte Fritz Grams,
beim die erzwungene Unthätigkeit verdroß, „und warten sie
haltig, bis sie uns 'a Peß wachen. Wenn wer wenigstens
'nen Fitzbogen hätten!“

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Volksmacht.)

92. Sitzung vom 18. Mai, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Militär-Vorlage betr. die Umformung der vierten Bataillone, nebst dem dazu gehörigen Nachtragsetat.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Ich beschränke mich auf eine Darlegung der militärischen Motive für die Umformung der vierten Bataillone.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

Die vierten Bataillone sind in der ersten Linie der Reserve. Es wurden gleichzeitig die Adressen für die Neuauflösung von Truppenteilen aufgestellt.

fordern müssen. Meine Freunde werden in eine ernste, sachliche Erörterung der Vorlage eintreten, sie können ihre Zustimmung nicht in Aussicht stellen, wenn nicht Sicherheit dafür geboten wird, daß die zweijährige Dienstzeit durch die Vorlage nicht erschüttert werden soll, und daß sie nicht bestimmt ist, Neuforderungen in die Wege zu leiten.

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe: Obgleich ich einen Zusammenhang zwischen der Vorlage und der Militärstrafprozeßordnung nicht erkennen kann, bin ich doch bereit, die Anfrage des Vorredners zu beantworten.

Abg. Richter (freil. Volksp.): In der Beurteilung der Einzelheiten der Vorlage stimme ich im wesentlichen mit dem Abgeordneten Lieber überein.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Ich gehe auf Einzelheiten der Vorlage nicht ein und will nur namens meiner Freunde erklären, daß wir uns unsere definitive Abstimmung zwar noch vorbehalten, bis der Kommissionsbericht vorliegt.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Podbielski (cons.): Für unsere Stellungnahme zu der Vorlage ist allein ausschlaggebend, ob dieselbe im militärischen Interesse notwendig ist oder nicht.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

achten aber die zweijährige Dienstzeit vorgelegt werden. Die Frage der Militärstrafprozeßordnung hat mit der Vorlage gar nichts zu thun; wir freuen uns aber, daß der Reichstag die gebührende Würdigung diesen. Dem Abg. Lieber muß ich noch bemerken, daß das Militärwochenblatt ein rein privates Unternehmen ist, dem nur die Verordnungen u. s. w. zur Veröffentlichung übergeben werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich habe den Artikel im Militärwochenblatt nicht gelesen, wohl aber ist mir mitgeteilt worden, daß kurz vor demselben ein anderer Artikel in dem Blatt erschienen ist, der den Anschauungen des Abg. Lieber sehr viel näher steht.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Abg. v. Kardorff (Natlib.): Nach Allem, was ich aus militärischen Kreisen gehört habe, scheint sich die zweijährige Dienstzeit doch wesentlich besser bewährt zu haben, als man 1893 auf unserer Seite angenommen.

Wir bedauern daher, daß die Vorlage mit anderen Fragen in Zusammenhang gebracht worden ist. Wir erkennen aber an, daß eine Reform der Strafprozedur vorgenommen werden muß, und daß sie nicht mehr aufgeschoben werden kann. Wir haben aber die zweijährige Dienstzeit kein abschließendes Urtheil, erkennen aber an, daß an ihr nicht mehr gerüttelt werden darf, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Die vierzehn Bataillone waren auf die Dauer nicht haltbar, wir billigen es daher, daß die Militärverwaltung andere Mittel versucht, um die Schlagfertigkeit des Heeres zu sichern. Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind wir einverstanden, hoffen aber, daß sie, wenn sie wieder an uns gelangt, mit überwältigender Mehrheit Annahme finden werde. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Nachtragssitzung zum Gesamttat; Vorlage betreffend den Abgabentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal; Petitionen; Wahlprüfungen.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ schreibt: Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde Mittwoch Abend der frühere Hofstaatssekretär Rönnecke in einem kleinen Café verhaftet. Wie wir hören, soll die Beleidigung in Briefen geschehen sein, welche der Beschuldigte in seinem Privatbesitz gegen das hiesige Hofmarschallamt schon vor Jahr und Tag an den Regenten geschickt. Der Termin für das Urtheil in diesem Prozeß war auf den 21. Mai angesetzt; heute schreibe man den 15. Mai. Das läßt tief blicken!

In Chemnitz wurde am Sonntagsabend Genosse Eißler Franz Schubert aus Reichthal bei Weibheim vom Landgericht zu Chemnitz wegen Beleidigung des Kaisers zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Kränkung soll er gethan haben anlässlich des Kaiserjubiläum am Kaisers Geburtstag. Der Denunciant war ein Schülerlehrling.

In Gera wurden der Verlagsbuchhändler Julius Becker und sein Sohn als Verleger und Verfasser der Schrift „Lbng!“ wegen Majestätsbeleidigung von der dortigen Strafkammer zu je zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Arbeiterbewegung.

Der Andrang der Arbeiter und Arbeiterinnen in Neu-Dienburg ist in der letzten Zeit allgemein unbestimmt. Die Zahl der Beschäftigten beträgt 170. Davon sind 90 reichhaltiger und haben zusammen 250 Kinder zu ernähren. Vier Unternehmer haben bewilligt. Eine Firma ist bewilligt, durch fremde Leistungen unter dieser seltsamen Vorbedingung Arbeiter heranzuziehen.
Die Maurer-Rathes stehen, da mit einigen Unternehmern noch keine Einigung zu Stande gekommen ist, die ausstehenden

Collegen, vor etwaigem Arbeitsantritt in Kassel erst Rücksprache mit der dortigen Streikkommission zu nehmen.
Der Holzarbeiter-Streit in Mühlhausen i. G. dauert unbeeinträchtigt fort.
Der Maurer-Streit in Döbeln i. G. soll, nach bürgerlicher Angabe, ohne jeden Erfolg beendet sein.
Im Wälder-Streit in Serbisch ist ein Vergleich zu Stande gekommen. Die Personale haben das Zweistufigsystem acceptirt, gegen Zusicherung von 5 Franken Tagelohn und zehnstündiger Arbeitszeit.
In Oesem in Belgien freiten die Arbeiter von 33 Ziegeleien.

Parteiangelegenheiten.

Ein Jubiläum der Socialdemokratie. Unter diesem Titel wirft der „Braunschweiger Volksfreund“ in der Festnummer, die am Tage seines 25-jährigen Bestehens, am 15. Mai, herausgegeben, einen Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren zurück. In Oshen, wohin Wilhelm Braide durch den Wikariat Bogel's von Falkenstein geführt war, war in Braide der Gedanke, ein eigenes Blatt der Socialdemokratie zu gründen, entstanden. Kaum war er aus dem Gefängnis, wohin er von Oshen geführt war, entlassen, so führte er auch den Entschluß aus. Aus dem Rückblick, den das Festblatt giebt, heben wir folgende Stelle hervor:

Die war als Braide die Kühne That vollbracht, die Lage der Partei? Bei den kurz vorher stattgehabten Reichstagswahlen zählte die damals noch in zwei sich leidenschaftlich bekämpfenden Fraktionen gespaltene deutsche Socialdemokratie im ganzen nur 101,227 Stimmen, von denen ein Drittel auf das Königreich Sachsen fiel; die Führer der Partei hatten eben monatelang im Gefängnis zugebracht, Braide und Genossen sahen der Anlage wegen Hochverrats entgegen, ebenso Bebel und Liebknecht. Die Pariser Commune war eben unterlegen und wurde von den Gegnern in Straßen Blutes ertränkt, die Internationale war in fast allen Ländern gescheitert, in Deutschland aber waren die herrschenden Klassen übermächtig und fühllich beauftragt von dem Siegesjubel; die Arbeiterbewegung, die in diesem Fall noch von dem Segen der Milliarden begleitet war, ließ keinerlei nächtliche Ueberlegung ankommen, der Gründerbewegung und der Gassen feierten ihre Dagen in dem neuerrichteten Reich der Gottesfurcht und frommen Eitelkeit — wie sollten da die Gegner, die Vertreter von „Bess und Bildung“ und zugleich über die stärkste Heeresmacht zum Schutze der „Ordnung“ gehend, nicht triumphiren über das ohnmächtige Häuflein socialdemokratischer Arbeiter! Was mußten jene Anhänger des Säbels und der Millionen von der Macht der Idee? Alle Verfolgungen konnten die Begeisterung und Kampftüchtigkeit der Socialdemokratie nicht abschwächen; welche Schläge sie auch erfuhr, sie betrachtete sie stets nur als die Schritte zu kommenden Siegen und sie hat sich nie darin getäuscht. Was hat unsere Partei nicht alles erduldet in dieser 25 Jahren: wie oft in sie schon „vernichtet“ und todgelagt worden; sie überwand nicht nur alle Gefahren und Verfolgungen, sondern ging aus ihnen stets mit erhöhter Kraft hervor.

Wir leben jetzt gerade in der Zeit der Jubiläen, aber wie großen Raum die auch einnehmen, keine andere Partei konnte es bei ihren Jubiläen zu solcher Freudigkeit und Siegeshöhe bringen, als wie sie unter Bruderhand ausdrückt. Wir begreifen das Jubiläum des „Braunschweiger Volksfreund“ mit unseren herzlichsten Wünschen und hoffen, in ihm auch ferner einen tapferen und neuen Kampfgefährten zu erblicken.

Die Auflösung der Berliner Parteiorganisationen vor Gericht.

Berlin, den 18. Mai 1896.
3. Verhandlungstag.
Der Vorsitzende, Landgerichtsdirector Kaeller, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Im Zuscherraum drängt sich Kopf an Kopf eine mehr als hundertköpfige Menge.
Rechtsanwalt Herzfeld beantragt die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Stadthagen. Er soll bekunden, daß eine Berathung in der über angeblich unsittliche Handlungen Stadthagen verhandelt worden sein soll, nicht stattgefunden hat. Rechtsanwalt Heine fügt hinzu, Stadthagen werde bekunden, daß die Berathung, deren Inhalt so gedeutet worden ist, wie es Herr Stadthagen hat, einen ganz anderen Inhalt gehabt hat. Die Befragung wird ergeben, daß die polizeilichen Berichte sehr unzuverlässig sind und auf Combinationen und Vermuthungen beruhen.
Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über den Vernehmungsantrag zurück und verkündet, daß er sich den Beschluß, ob Stadthagen zu vernehmen sei, vorbehalten bis nach Vernehmung des Criminalcommissars Schöne, die nun erfolgt.
Vorsitzender: Können Sie uns nun heute einzelne bestimmte Fälle über die sogenannten geheimen Versammlungen nennen? Zeuge: Jawohl. Am 5. December 1894 wurde mir berichtet, daß in der Lindenstraße 10 eine geheime Berathung abgehalten worden sei, in der über Arbeitslosenversammlungen Beschlüsse gefaßt worden sind. Diese Arbeitslosenversammlungen haben am 18. Januar 1895 stattgefunden. Eine andere Berathung hat im Februar 1895 in der Schreiberstraße stattgefunden und ist in derselben über die Tabakfabriksteuer verhandelt worden. Am 3. März 1895 hat in der Wilsdrufferstraße eine Berathung stattgefunden, in der über die Tabakfabriksteuer Beschlüsse gefaßt sind und daraufhin auch gefungen, einen Frei Brief Nummer zu beschlagnehmen. In der Berathung in der Schreiberstraße ist übrigens auch der Angeklagte Pfannschütz zugegen gewesen. Am 4. September 1895 hat eine geheime Berathung in der Lindenstraße 6 getagt, die sich mit der Vorbesprechung der Delegirtenwahl zum Parteitag beschäftigt hat. Die Wähler haben dann thätigstlich stattgefunden. Im Januar 1895 handelte es sich in einer in der Birtenstraße 10 abgehaltenen Berathung um den Ausschluß des Restaurateurs Goldschmidt. Dieser Ausschluß ist in der nachfolgenden Generaterversammlung auch erfolgt. Rechtsanwalt Heine: Wissen Sie Näheres über die in den Acten als geheime Berathung angegebene, die am 5. September in der Dranienstraße 51 stattgefunden haben soll? Zeuge: Ich entsinne mich so speciell nicht. Rechtsanwalt Heine: Es soll sich um die Angelegenheit Bagherr gehandelt haben. Zeuge: Ich entsinne mich dunkel. Rechtsanwalt Heine: Dann constatare ich, daß diese Berathung in der Dranienstraße 51 eine öffentlich angemeldete gewesen ist, die auch im „Vorwärts“ angezeigt war. Polizeiwachmeister Diener weidlich und sagt, im Anschluß an die öffentliche Berathung fand die geheime Berathung statt. Angeklagter Dreiser erklärt, die Berathung, die die Angelegenheit Goldschmidt behandelt habe, war eine gewöhnliche Vorstandssitzung des 5. Wahlvereins. Angeklagter Bebel bittet, den Commisar Schöne zu fragen, ob die Polizei verlangt, daß alle Vorstandssitzungen öffentlich gewählter Vorstandsmitglieder polizeilich angemeldet werden. Vorsitzender: Herr Commisar, halten Sie die Vorstandssitzungen für geheime Berathungen? Zeuge: Das kommt darauf an, was verhandelt wird. Vorsitzender: Können die Vorstandssitzungen polizeilich angemeldet werden? Zeuge: Nein, das wird wohl nicht verlangt. (Bewegung im Zuscherraum.) Der Vorsitzende droht mit der Räumung der Tribunalen. Angeklagter Bebel: Dann meine ich, geht es aber nicht an, die Vorstandssitzungen als geheime Berathungen anzusehen. (Fortsetzung in der Beilage.)

Lobe-Theater.
Dienstag, den 18. Mai 1896:
Schpiel d. Rollentheater-Gesellschaft
in Hamburg
Die lebende Leinwand.
Sensations-Aufführungsgeld in
11 Bildern.

Victoria-Theater.
Direktor Müller.
Schließlich neues Programm.
Premiere: Romanzen 1. Theil
ruffend 7 1/2 Uhr. Gänge 50 Pf. im
Korridor 30 Pf. Gänge 40 Pf.
Premiere 60 Pf. Gänge 40 Pf.
Fischer von Vornapfalten spielen
9 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Harmonie.
Kleinstraße 37.
Sächsisch:
Doppelt-Ränker-Vorstellung.
2 Uhr 1/2.

Zur Aufnahme
Feuer-
Versicherungs-
Anträge
für alte Genossinnen,
deutsche Gesellschaft,
auswärtig sich
A. v. Suchorzynski,
Königsstraße 7, I.

Nähseidenfabrik
in Philipp Skozna
Königsstraße 4, I., offener
Nähseiden,
Gespinnste,
Kantabriciden,
Lambourtsiden,
in allen Arten zu fabriciren
preisen.
974 21

Circus Renz.
Breslau, Königsplatz.
Dienstag, den 18. Mai 1896.
Abend-Anfang 7 1/2 Uhr.
Novität! Novität!
Lustige Blätter

von Direktor Franz Renz
u. dem Großherzoglich-Dänischen
Hoftheater-Direktor
August Siem
Dieses Stück repräsentirt
eine neue Eigenart und
Specialität des Circus
Renz, indem es in höchst
einer höchst originellen
Form die interessantesten
Ereignisse der Weltgeschichte
in pantomimischer
Darstellung zu einer der
besten Aufführungen der
Gesamtschau bringt.

Novität! Novität!
Lustige Blätter.
FRANZ RENZ, Direktor.

Julius Krojanker,
Friedrich-Wilhelmstr. 7
u. Gr. Scheinigerstr. 37.
**Großes Schuh- und
Stiefel-Lager.**
Bekannt zu sehr billigen Preisen.

Möbel
aus Holz, Eisen, Stahl,
Eiche, Buche, Nussbaum,
Kunstleder, etc.
in allen Arten zu fabriciren
preisen.
Matthiasstr. 47, Berlin.

Der Große Ausverkauf fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
nur noch bis Pfingsten
Ring 37
statt
Pariser & Strassner.

Herren- und Damen-Halbschuhe

Herren-Halbschuhe	1.50
Damen-Halbschuhe	1.25
Herren-Halbschuhe	1.50
Damen-Halbschuhe	1.25

Ludwig Herz, Bürgerplatz Nr. 4.

Paul Hanke
Friedrich-Wilhelmstr. 7
vis-à-vis
Gebr. Roesler's Brauerei
Fabrik.
Grosse Auswahl in Herren- u. Knaben-Fillz- u. Strohhüten.
Chapeau-Claque, Cylinderhüte, nur eigenes Fabrikat.
Reparatur-Werkstatt. Billigste Preise.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
Sumatra-Deckblatt und Carmen-Linienblatt
praktische Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfehlen gegen Raucher
Cigarrenfabrik E. Lampe vorm. A. Kirschner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Kossatz 11, am Oderthorbahnhof.
Zweigen: Schrotgasse 1, Hammerstr. 35, Friedrich-Wilhelm-
straße 4, Klosterstraße 79, Schmiedestraße 47.
Gezeichnete und ungezeichnete amerikanische Rippen offene billig.

Wichtig für Raucher!
hochfeine
Cigarren
100 Stk. 10 Pf., 100 Stk. 3 Mk.
empfehlen
Louis Schröter,
Cigarrenfabrik
Friedrichstr. 64, vis-à-vis der
Zimmerstraße.

Bath
in allen Rechtschaffen ertheilt, Zahn-
mentle, Schürhüte fertig an
F. Beschorner,
Lehmamm 24. 998
Das
natürliche Werden
der Lebewesen.
Hygienische Entwicklungsgeschichte
der Erde, der Pflanzen, der Thiere
und des Menschen
von Dr. Alfred Hoffer.
In Festschrift 15 Pf. zu beziehen
durch die
Expedition der „Reichswacht“.
Pereyas-Kalender.
Breslau.
Quartett-Reisen der Egypten
Humanität. Jed. Festschrift
von 8 1/2—10 1/2 Uhr. Hebung
in die im Bereich Social. Kultur-
straße 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Angellager Auer konstatiert, daß die rote Märznummer in zwei...
Anwendung und sehr hoher Auflage gedruckt worden ist. Es ist...

Angellager Rebel macht darauf aufmerksam, daß Commissar...
Schöne am Sonnabend gesagt hat, daß die Mitglieder der geheimen...

Angellager Gerlich überreicht eine Karte, die die Eintheilung...
der Districte enthält, welche den Mitgliedern der Agitationscom-

Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Es folgen die Verhandlungen.

Staatsanwalt Schweigger: Es ist mit der Schließung der...
Organisation zum ersten Male in das Leben einer Partei ein-

für je 6 Mark 1 Tag Haft. Wenn ich nun weiter die Schließung...
aller Vereine aufricht zu erhalten beantrage, so läge es nahe, mich...

Rechtsanwalt Herzfeld: Ich vertritt nur die Vorstände der...
Wahlvereine und beantrage Freisprechung aller meiner Klienten und...

Rechtsanwalt Heine: Auch ich beantrage die Freisprechung...
sämmlicher Angeklagten, auch ich werde die Beamten, die hier als...

sonstigen Deuten getrennt verwaltet. Statt überallhin wird es...
künstlich in allen Circularen heißen „nach allen Orten hin“ und...

Vorsitzender: Ich will jetzt die einzelnen Angeklagten zum...
Wort verstellen, ich meine, Sie können sich sehr kurz fassen, nament-

Angellager Auer: Ich habe nicht viel mehr anzuführen. Der...
Staatsanwalt hat selbst das Vereinsgesetz als ein solches bezeichnet...

Angellager Rebel: Auch ich habe den Eindruck, daß bei...
diesem Prozeß nach dem Grundsatze verfahren worden ist, wenn zwei...

Als Angellager, der ich mir bewußt bin, nichts gegen das Gesetz...
gethan zu haben, erwerbe ich meine Freisprechung, als Politiker...

